

Beitrag zur **Antikriegsdemo** am Deserteursdenkmal Hamburg 1. September 2019,  
*Sperrfrist: 1. September 2019, 12.45 h (Es gilt das gesprochene Wort.)*

Günter Knebel, Bremen, erinnert an Ludwig Baumann (13.12.1921 – 5. 7. 2018)

*Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Mitstreiter/innen gegen Krieg und jede Kriegsvorbereitung!*

Heute vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg. Mit Nazi-Deutschlands Überfall auf Polen, getarnt wie so viele andere Kriegslügen als Vergeltung, wurde zwei Jahrzehnte nach dem Ersten Weltkrieg ein neuer Krieg entfacht. In dessen Verlauf verloren über 55 Millionen Menschen ihr Leben, noch viel mehr Menschen wurden körperlich und seelisch verletzt, oft lebenslang geschädigt. Die Schäden an Natur, Umwelt und zivilisatorischen Errungenschaften sind unermesslich. Kriegsfolgen, wie Bomben, Granaten und andere Kampfmittel sind vielfach heute noch gegenwärtig. Es gibt kaum eine Baustelle, die vor einer Neubebauung nicht zuvor vom Kampfmittelräumdienst untersucht und freigegeben werden muss. So bringen sich die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs noch heute gefährlich in Erinnerung.

Der ns-organisierte Kriegswahn, der vor acht Jahrzehnten Deutschland erfasst hatte, gründete nicht zuletzt auf florierenden Waffengeschäften. Rüstung und Militär hatten auch zwanzig Jahre nach dem katastrophalen Ersten Weltkrieg eine ungebrochene Tradition. Diese Tradition konnte auch der verheerende Zweite Weltkrieg nicht beenden: Deutschland gehört heute zu den größten Herstellern und Lieferanten von Waffen aller Art und nimmt eine Spitzenposition, aktuell den 4. Platz, in der Liste weltweiter Rüstungsexportiere ein. Die im Juni 2019 von der Bundesregierung beschlossene Änderung der Richtlinien zur Ausfuhr von Rüstungsgütern wird begründet verdächtigt, neue Hintertürchen zu öffnen, um die Europäische Union aufzurüsten und zu militarisieren - statt dieser Perversion der Europäischen Idee entgegenzuwirken und den unsäglichen Waffenlieferungen ein Ende zu setzen.

**Was hat das alles mit Ludwig Baumann zu tun?** Ludwig wurde als 19jähriger zum Kriegsdienst in die Wehrmacht gezwungen. Soldatsein, Uniformierung und eigenes Erleben von Ungerechtigkeit und Kriegsgeschehen weckten in ihm und einem etwas jüngeren Freund, Kurt Oldenburg, der ebenfalls aus Hamburg stammte, den Drang nach Leben in Freiheit. Als Marinesoldaten, damals stationiert in Bordeaux, wollten sie im Juni 1942 den Schrecken des Krieges entfliehen. Sie desertierten, wurden aber dabei ertappt, verfolgt und wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Die Todesurteile wurden zwar nicht vollstreckt, aber jahrelange Haft in Straflagern, im Militärgefängnis Torgau und Einsatz im Strafbataillon an der Ostfront waren die Folge. Kurt Oldenburg überlebte das Ende des Krieges nicht, Ludwig Baumann mit ganz viel Glück, aber physisch und psychisch traumatisiert. Seine Hoffnung, mit der Befreiung vom NS-Regime werde auch die Desertion aus der Wehrmacht als Widerständigkeit anerkannt, erfüllte sich nicht: Im Gegenteil, statt der von den Alliierten beschlossenen Entmilitarisierung Deutschlands zeichnete sich früh dessen Wiederaufrüstung ab. Viele der ca. 3.000 Wehrmachtjuristen, die gegen Fahnenflüchtige rd. 30.000 Todesurteile sprachen, von denen rd. 20.000 vollstreckt wurden, hatten den Krieg unbeschadet überlebt. Sie konnten in der Regel sogar unbehelligt ihre berufliche Karriere in der jungen Bundesrepublik Deutschland fortsetzen. Welchen Einfluss Nazi-Juristen beim Aufbau der Bundesrepublik ausübten, welche Seilschaften und Verbindungen in Bundes- und Landesbehörden bestanden, wird erst in allerjüngster Zeit wissenschaftlich erforscht. Demgegenüber ist Adenauers Ehrenerklärung für alle Wehrmachtsoldaten (vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag) lange bekannt; auch dass sie die Angehörigen der Waffen-SS einschloss, „soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.“

Diese politische Forderung deutscher Soldatenverbände wurde erfüllt, um deren Mitwirkung an der Rekrutierung von Soldaten der künftigen Bundeswehr sicherzustellen. Unter diesen Bedingungen war es nicht verwunderlich, dass diejenigen, die wegen widerständigen Verhaltens als Soldaten oder Zivilisten Opfer der NS-Militärjustiz geworden waren, keine Chance auf Anerkennung und Rehabilitierung hatten, sondern juristisch, politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt, ja verfeindet wurden. Leistungen nach Bundesentschädigungsgesetz und anderen gesetzlichen Regelungen, Kriegsopfer finanziell zu entschädigen, wurden von den Opfern der NS-Militärjustiz, wie auch einigen anderen

ausgegrenzten NS-Opfern, vergeblich eingefordert. Klagen gegen diese Ausgrenzung blieben erfolglos. Mit Aufkommen der Friedensbewegung wurde dieses Unrecht zunehmend thematisiert, mit dem Zusammenschluss bisher ausgegrenzter Opfer wurde Anfang der 90er Jahre ein gesellschafts-politischer Wandel spürbar, der auch die Rechtsprechung erreichte. Urteile des Bundessozialgerichts wie auch des Bundesgerichtshofs gaben rechtspolitisch Anstöße, den Forderungen nach Anerkennung und Rehabilitierung der bisher ausgegrenzten NS-Opfer nachzukommen. Ludwig Baumann war als Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz einer der engagiertesten und profiliertesten Fürsprecher der überfälligen Rehabilitierung der Wehrmachtdeserteure. Ohne sein glaubwürdiges, authentisches und überzeugendes Engagement als betroffener Zeitzeuge wären die drei Gesetze vermutlich nicht zustande gekommen, mit denen 1998, 2002 und 2009 ns-Unrechtsgesetze und ns-Bestimmungen aufgehoben wurden. Die zuvor als „Härteleistungen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz“ (AKG) seit Anfang der 90er Jahre gewährten Zahlungen des Bundes für bis dahin „vergessene“ = ausgegrenzte NS-Opfer waren zwar in der Regel in jedem Einzelfall hart erkämpft worden, bleiben aber bis heute mit dem Beigeschmack eines gnädig gewährten Almosens behaftet. Nach Ludwig Baumanns Tod wurde diese Tatsache in erschreckender Weise deutlich. „Wie geht Deutschland mit seinen letzten Nazi-Opfern um?“ wurde sogar in Zeitungen aus Nachbarländern gefragt, weil solchen „Leistungsempfängern“ bei Umzug ins Pflegeheim die ihnen zugesprochene „Härteleistung für erlittenes Unrecht“ erheblich gekürzt wurde. Diese schäbige Kürzung ist seit Jahresbeginn 2019 abgeschafft. Aber es stellt sich die ähnliche Frage, warum immer noch ganze Gruppen von KZ-Häftlingen politisch nicht als NS-Opfer anerkannt sind: Von Nazis als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ diffamierte KZ-Häftlinge, die mit schwarzen und grünen Winkeln „gekennzeichnet“ wurden, werden bis heute politisch nicht als NS-Opfer anerkannt. Wann löst die gegenwärtige Bundesregierung ihre gegebene Koalitionsvereinbarung ein: „*Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten.*“ (?)

Absurd und mehr als beklagenswert ist auch das vorgebliche Bemühen der Bundeswehr um „Entnazifizierung“: Jährlich werden Abschlussarbeiten jahrgangsbester Offiziere und Unteroffiziere der Bundesmarine mit einem Preis ausgezeichnet. Das dürfte sicher loblich und allen Beteiligten förderlich sein, wäre der – zuletzt im Mai 2019 in Mürwik vergebene – Preis nicht mit dem Namen eines ehemaligen NS-Gerichtsherrn verbunden, der später Bundeswehr-Admiral wurde. Wehrmacht-Konteradmiral Rolf Johannesson hatte als Gerichtsherr noch in den letzten Kriegstagen im April 1945 Todesurteile bestätigt gegen fünf junge Männer. Sie wurden hingerichtet, weil sie weiße Flaggen gehisst hatten, um Helgoland vor Bombardierung zu schützen. In der Forschung ist „unstrittig“, dass der NS-Kommandeur und -Gerichtsherr damals auch anders entscheiden können. In seinen späteren ausführlichen Lebenserinnerungen verschwieg der Admiral diese „Begebenheit“. Was bedeutet es für die Bundeswehr und ihre Marine, wenn sie Jahr für Jahr Nachwuchs-Bestleistungen mit dem Namen eines Menschen auszeichnet, der eine „Lebenslüge“ verkörpert? Einen Bruch mit der NS-Tradition ganz sicher nicht –

**Kurz:** Kriegsvorbereitung beginnt in Köpfen. Ludwig Baumann hat das schmerhaft erfahren – und daraus die für ihn richtigen Handlungskonsequenzen gezogen: Er hat sich dem Krieg entzogen und widersetzt, später vor Uniformität und Kadavergehorsam energisch gewarnt. Gegen Rüstung und Militär hat er stets protestiert, erst Recht gegen Geschäfte mit Waffen, Rüstungsexporte. Ludwig Baumann hat ganz viel bewegt und erreicht. Vor allem hat er uns und vielen anderen Mut gemacht, sich gegen Krieg, für Gerechtigkeit und Frieden zu engagieren.

Wir freuen uns und sind dankbar, dass die Bezirksversammlung HH-Wandsbek Anfang 2019 beschlossen hat, im Jahr 2021 anlässlich seines 100. Geburtstags in der Jenfelder Au einen Park nach Ludwig-Baumann zu benennen. Gern werden wir dazu beitragen, in dieser neuen Parkanlage ein würdiges Gedenkzeichen an Ludwig-Baumann zu setzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.